

Internationaler Gerichtshof - Südafrika gegen Israel, Anhörungen zu vorläufigen Maßnahmen

Internationaler Gerichtshof

**Rechtssache betreffend die Anwendung des Übereinkommens über die Verhütung und
Bestrafung des Völkermordes im Gazastreifen – Südafrika gegen Israel.**

Anhörungen zu vorläufigen Maßnahmen

11.1.2024

Das Transkript und die Übersetzung von 2 Stellungnahmen und Zusammenfassungen besorgte
Andreas Mylaeus

13.1.2024

(Red.) Diese rechtliche Argumentation ist unumstösslich. Der Sachverhalt ist eindringlich zusammengefasst und die rechtliche Einordnung (für das anstehende Verfahren über vorläufige Massnahmen) ist zwingend. Die vorhersehbaren Ausreden dürften von Rechts wegen nicht verfangen. Wie Garland Nixon <https://www.youtube.com/watch?v=6GL0-DBNBEU&t=1s> anschaulich erklärt hat: Wenn ein Einbrecher in mein Haus eindringt, meine Kinder verschleppt und meine Frau drangsaliert, und ich den gewaltsam vertreiben muss, kann sich der Einbrecher ja wohl nicht auf ein "Recht zur Selbstverteidigung" berufen. Prof. Vaughan Lowe bringt es so auf den Punkt: Eine Besatzungsmacht kann sich nicht auf das Recht zur Selbstverteidigung gemäß Art. 51 UN Charta berufen. Die völkermörderischen Taten und die Absicht dazu sind nachgewiesen und rechtlich zutreffend eingeordnet. Zukünftige Generationen von Deutschen werden ihre Vorfahren fragen: Ihr habt das doch gewusst - warum habt Ihr nichts getan dagegen?(am)

Am 29. Dezember 2023 hat Südafrika einen Antrag auf Einleitung eines Verfahrens gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof ["IGH"] eingereicht, in dem es um behauptete Verstöße Israels gegen seine Verpflichtungen aus der Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes ["Völkermordkonvention"] geht.

Südafrika behauptet, dass Israel seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention verletzt hat, indem es mit konkretem Vorsatz völkermörderische Handlungen gegen Palästinenser in Gaza begangen hat, indem es den Völkermord an Palästinensern in Gaza nicht verhindert hat und indem es die öffentliche

Aufstachelung zum Völkermord nicht strafrechtlich verfolgt hat. Als sofortige Abhilfe hat Südafrika den IGH gebeten, bestimmte vorläufige Maßnahmen anzuordnen, um sicherzustellen, dass Israel seinen Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention, keinen Völkermord zu begehen und Völkermord zu verhindern und zu bestrafen, nachkommt. Südafrika hat außerdem beantragt, dass der IGH Israel anweist, einschlägige Beweise zu sichern, damit der Vorwurf des Völkermordes gerecht beurteilt werden kann.

Südafrika trägt vor, dass die israelische Militärkampagne gegen Art. II der Völkermordkonvention verstößt, weil sie darauf abzielt, Palästinenser systematisch und mit konkreter Absicht zu eliminieren. Bevor der IGH endgültig über diese Klage entscheidet, hat Südafrika darum gebeten, dass das Gericht angesichts des anhaltenden Konflikts bestimmte vorläufige Maßnahmen zur sofortigen Unterstützung der Palästinenser in Gaza anordnet. Damit der IGH dem Antrag Südafrikas stattgeben kann, muss Südafrika nachweisen, dass der IGH (i) prima facie zuständig ist, (ii) dass die Ansprüche Südafrikas zumindest plausibel sind und (iii) dass die dringende und unmittelbare Gefahr eines irreparablen Schadens besteht. Südafrika trägt vor, dass diese Voraussetzungen gegeben sind.

Der gesetzliche Vertreter Südafrikas, **Seine Exzellenz Botschafter Vusimuzi Madonsela**, eröffnete die mündliche Verhandlung. Er beschrieb Israels jüngste Aktionen im Gazastreifen als eine andauernde Nakbah und betonte, dass Israels Besetzung des Gazastreifens den Palästinensern seit jeher das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Rückkehr verweigert. Er betonte, dass Israels Handlungen seit dem 7. Oktober 2023 Teil eines Kontinuums von illegalen Handlungen und Gewalt gegen Palästinenser seit 1948 sind. Als solches stellt Südafrika Israels völkermörderische Handlungen gegen die Palästinenser in einen geschichtlichen Zusammenhang mit der 75-jährigen Apartheid, einer 56-jährigen Besatzung und einer 16-jährigen Belagerung des Gazastreifens.

Nach diesen Vorbemerkungen hielt der südafrikanische **Minister für Justiz und Strafvollzug, der ehrenwerte Mr. Ronald Lamola**, eine ausführliche Eröffnungsrede für Südafrika. Obwohl Herr Lamola die Aktionen der Hamas am 7. Oktober 2023 unmissverständlich verurteilte, betonte er, dass kein bewaffneter Angriff, unabhängig von seiner Schwere, einen Verstoß gegen die Völkermordkonvention rechtfertigen kann. Er bezog sich auf die Worte von Martin Luther King, der gesagt hat: "Der Bogen der Moral des Universums ist lang und biegt sich immer in Richtung der Gerechtigkeit."

Der Fall Südafrikas wurde anschließend von einem Team aus sechs Rechtsberatern vorgetragen, bestehend aus Dr. Adila Hassim, Advokat Tembeka Ngcukaitobi, Prof. John Dugart, Prof. Max du Plessis, Frau Blinne Ni Ghralaigh, Prof. Vaughan Lowe KC.

Ein Link zu einer kurzen Zusammenfassung: <https://p39ablog.com/2024/01/international-court-of-justice-proceedings-instituted-by-south-africa-against-israel-on-29-december-2023/>

Ein Link zu der vollständigen Sitzung vom 11 January, 2024: https://www.youtube.com/watch?v=MOW_1exsHE8

Israels Völkermord-Tathandlungen

Dr. Adila Hassim:

Ich danke Ihnen. Frau Präsidentin, verehrte Mitglieder des Gerichtshofs. Es ist ein Privileg, im Namen der Republik Südafrika in diesem Fall von außergewöhnlicher Bedeutung zu erscheinen. Es ist ein Fall, der das Wesen unserer gemeinsamen Menschlichkeit unterstreicht, wie es in der Präambel der Völkermordkonvention zum Ausdruck kommt. Es ist meine Aufgabe, vor dem Gericht über die **völkermörderischen Handlungen** zu sprechen, die zu diesem dringenden Antrag auf vorläufige Maßnahmen nach Artikel 41 der Satzung des Gerichtshofs geführt haben. **Südafrika trägt vor, dass Israel gegen Artikel 2 der Konvention verstoßen hat, indem es Handlungen begangen hat, die unter die Definition von Völkermord fallen.** Die Handlungen zeigen ein systematisches Verhaltensmuster, aus dem auf Völkermord geschlossen werden kann.

Erlauben Sie mir, diese Handlungen in den Kontext zu stellen.



Der Gazastreifen ist eines der beiden Teilgebiete der besetzten palästinensischen Gebiete, die seit 1967 von Israel besetzt sind. Es handelt sich um einen schmalen Streifen von etwa 365 Quadratkilometern, der auf der hier gezeigten Karte dargestellt ist. Israel übt weiterhin die Kontrolle über das Gebiet, die Hoheitsgewässer, die Landübergänge, das Wasser, die Elektrizität, die elektromagnetische Sphäre und die zivile Infrastruktur im Gazastreifen sowie über wichtige Regierungsfunktionen aus.

Wie der verehrte Minister (Mr. Ronald Lamola) bereits sagte: Die Ein- und Ausreise auf dem Luft- und Seeweg nach Gaza ist verboten. Israel betreibt die beiden einzigen Grenzübergänge. Im Gazastreifen, einem der am dichtesten besiedelten Orte der Welt, leben etwa 2,3 Millionen Palästinenser, fast die Hälfte davon Kinder. In den vergangenen 96 Tagen hat Israel den Gazastreifen mit einer der schwersten konventionellen Bombardierungen in der Geschichte der modernen Kriegsführung belegt. Die Palästinenser in Gaza werden durch israelische Waffen und Bomben aus der Luft, vom Land und vom Meer aus getötet. Sie sind außerdem unmittelbar vom Tod durch Verhungern, Dehydrierung und Krankheiten bedroht, da Israel die Belagerung fortsetzt, palästinensische Städte zerstört, die palästinensische Bevölkerung nur unzureichend mit Hilfsgütern versorgt und es nicht möglich ist, diese begrenzten Hilfsgüter zu verteilen, während die Bomben fallen. Dieses Verhalten macht das Lebensnotwendige unerreichbar.

In diesem Stadium der vorläufigen Maßnahmen ist es, wie dieses Gericht in der Rechtssache Gambia-Myanmar klargestellt hat, nicht erforderlich, dass das Gericht zu einer endgültigen Entscheidung über die Frage gelangt, ob das Verhalten Israels einen Völkermord darstellt. Es ist lediglich festzustellen, ob zumindest einige der behaupteten Handlungen unter die Bestimmungen der Konvention fallen können.

Bei der Analyse der konkreten und andauernden völkermörderischen Handlungen, die zu beklagen sind, wird deutlich, dass zumindest einige, wenn nicht gar alle dieser Handlungen unter die Bestimmungen der Konvention fallen. Diese Handlungen sind im Antrag Südafrikas detailliert dokumentiert und werden von zuverlässigen – oft UN-Quellen – bestätigt. Es ist daher unnötig und unmöglich für mich, sie alle aufzuzählen. Ich werde nur einige hervorheben, um das Muster des völkermörderischen Verhaltens zu verdeutlichen.

Die UN-Statistiken, auf die wir uns stützen, sind auf dem Stand vom 9. Januar 2024. In den mündlichen Ausführungen Südafrikas werden wir die Fakten, auf die wir uns stützen, mit begrenztem Einsatz von audiovisuellem Material veranschaulichen. Frau Präsidentin, wir tun dies mit Zurückhaltung und nur dort, wo es notwendig ist, und immer mit Rücksicht auf das palästinensische Volk.

Vor diesem Hintergrund möchte ich nun der Reihe nach aufzeigen, wie das Verhalten Israels gegen die **Artikel 2 a, 2 b, 2 c und 2 d der Konvention** verstößt.

Der erste völkermörderische Akt, den Israel begangen hat, ist die **Massentötung von Palästinensern in Gaza**, die gegen **Artikel 2 a** der Völkermordkonvention verstößt. Wie der UN-Generalsekretär vor fünf Wochen erklärt hat: Das Ausmaß des israelischen Tötens ist so groß, dass es in Gaza nirgendwo sicher ist. Während ich heute vor Ihnen stehe, wurden 23.210 Palästinenser während der anhaltenden Angriffe der letzten drei Monate von israelischen Streitkräften getötet, von denen mindestens 70 % vermutlich Frauen und Kinder sind. Etwa 7.000 Palästinenser werden immer noch vermisst, vermutlich tot unter den Trümmern.

Die Palästinenser im Gazastreifen sind unerbittlichen Bombenangriffen ausgesetzt, wohin sie auch gehen. Sie werden in ihren Häusern, an Orten, an denen sie Schutz suchen, in Krankenhäusern, in Schulen, in Moscheen, in Kirchen und bei dem Versuch, Nahrung und Wasser für ihre Familien zu finden, getötet. Sie wurden getötet, wenn sie es versäumten, die Orte zu evakuieren, zu denen sie geflohen waren, und sogar, wenn sie versuchten, über von Israel als sicher erklärte Routen zu fliehen.



Das Ausmaß des Tötens ist so groß, dass die Leichen in Massengräbern verscharrt werden, die oft nicht identifiziert werden können. Allein in den ersten drei Wochen nach dem 7. Oktober setzte Israel 6.000 Bomben pro Woche ein. Mindestens 200 Mal hat es 2.000 Bomben in den als sicher eingestuft südlichen Gebieten Palästinas eingesetzt. Diese Bomben haben auch den Norden dezimiert, einschließlich der Flüchtlingslager.

2.000-Pfund-Bomben gehören zu den größten und zerstörerischsten Bomben, die es gibt. Sie werden von tödlichen Kampfflugzeugen abgeworfen, die von einer der am besten ausgerüsteten Armeen der Welt eingesetzt werden, um Ziele am Boden zu treffen. Israel hat eine noch nie dagewesene Anzahl von Zivilisten getötet, wohl wissend, wie viele zivile Opfer jede Bombe fordern wird. Mehr als 1.800

palästinensische Familien in Gaza haben mehrere Familienmitglieder verloren, und Hunderte von Mehrgenerationenfamilien wurden ausgelöscht, ohne dass es Überlebende gab: Mütter, Väter, Kinder, Geschwister, Großeltern, Tanten, Cousins und Cousinen, die oft alle zusammen getötet wurden. Dieses Töten ist nichts anderes als die Zerstörung palästinensischen Lebens. Es wird absichtlich herbeigeführt. Keiner wird verschont, nicht einmal Neugeborene. Das Ausmaß der palästinensischen Kindermorde im Gazastreifen ist so groß, dass UN-Chefs ihn als Kinderfriedhof bezeichnet haben.

Die Verwüstung, die wir hier vortragen, ist beabsichtigt und hat den Gazastreifen jenseits jeder akzeptablen rechtlichen, geschweige denn humanen Rechtfertigung verwüstet.

Die zweite im Antrag Südafrikas genannte völkermörderische Handlung ist die **Zufügung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden an Palästinensern in Gaza durch Israel**, was einen Verstoß gegen **Artikel 2 b** der Völkermordkonvention darstellt. Bei den israelischen Angriffen wurden fast 60.000 Palästinenser verwundet und verstümmelt, die meisten von ihnen Frauen und Kinder. Und dies in einer Situation, in der das Gesundheitssystem praktisch zusammengebrochen ist. Ich werde später in meiner Rede darauf zurückkommen. Zahlreiche palästinensische Zivilisten, darunter auch Kinder, werden verhaftet, ihre Augen werden verbundenen, sie werden gezwungen, sich ausziehen, und auf Lastwagen verladen, die sie an unbekannte Orte bringen. Das physische und psychische Leiden des palästinensischen Volkes ist unbestreitbar.

Zum dritten völkermörderischen Akt gemäß **Artikel 2 c**. Israel hat dem Gazastreifen vorsätzlich **Bedingungen auferlegt, die kein Leben erhalten können und die auf seine physische Zerstörung abzielen**. Israel erreicht dies auf mindestens vier Arten:

Erstens durch **Vertreibung**. Israel hat etwa 85% der Palästinenser im Gazastreifen zur Vertreibung gezwungen. Gezwungen! Es gibt keinen sicheren Ort, an den sie fliehen können. Diejenigen, die nicht fliehen können oder sich weigern, vertrieben zu werden, sind entweder getötet worden oder laufen Gefahr, in ihren Häusern getötet zu werden. Viele Palästinenser wurden mehrfach vertrieben, da die Familien gezwungen sind, auf der Suche nach Sicherheit immer wieder umzuziehen. Der erste Evakuierungsbefehl Israels vom 13. Oktober erforderte die Evakuierung von über 1 Million Menschen, darunter Kinder, ältere Menschen, Verwundete und Kranke. Ganze Krankenhäuser mussten evakuiert werden, sogar Neugeborene auf der Intensivstation. Der Befehl verlangte, dass sie innerhalb von 24 Stunden vom Norden in den Süden evakuiert werden mussten.

Der Befehl selbst war völkermörderisch. Er verlangte die sofortige Bewegung, wobei nur das mitgenommen werden durfte, was getragen werden konnte, während keine humanitäre Hilfe erlaubt war

und Brennstoff, Wasser, Lebensmittel und andere lebensnotwendige Güter absichtlich abgeschnitten wurden. Er war eindeutig auf die Vernichtung der Bevölkerung ausgerichtet.

Für viele Palästinenser ist die erzwungene Evakuierung aus ihren Häusern unweigerlich von Dauer. Israel hat inzwischen schätzungsweise 355.000 palästinensische Häuser beschädigt oder zerstört, so dass mindestens eine halbe Million Palästinenser kein Zuhause mehr haben, in das sie zurückkehren können. Der Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen erklärt, dass Häuser und Infrastruktur "dem Erdboden gleichgemacht wurden, was jede realistische Aussicht auf eine Rückkehr der Vertriebenen aus dem Gazastreifen zunichte macht und die lange Geschichte der massenhaften Zwangsvertreibung von Palästinensern durch Israel wiederholt".

Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass Israel die Verantwortung für den Wiederaufbau dessen, was es zerstört hat, übernimmt. Stattdessen wird die Zerstörung von der israelischen Armee gefeiert. Soldaten filmten sich selbst dabei, wie sie freudig ganze Wohnblocks und Stadtplätze in die Luft sprengten und die israelische Flagge über den Trümmern aufstellten, um auf den Trümmern palästinensischer Häuser wieder israelische Siedlungen zu errichten und so die Lebensgrundlage der Palästinenser in Gaza auszulöschen.



Zweitens. Zusammen mit der Zwangsumsiedlung wurde Israels Verhalten absichtlich so gewählt, dass es zu weit verbreitetem **Hunger, Dehydrierung und Verhungern** führt. Israels Kampagne hat die Menschen im Gazastreifen an den Rand einer Hungersnot gebracht. Noch nie dagewesene 93 % der Bevölkerung im Gazastreifen sind von einer Hungerkrise betroffen. Von allen Menschen auf der Welt, die derzeit unter katastrophalem Hunger leiden, befinden sich mehr als 80 % in Gaza. Die Situation ist so

schlimm, dass Experten inzwischen vorhersagen, dass mehr Palästinenser in Gaza an Hunger und Krankheiten sterben könnten als an Luftangriffen, und dennoch behindert Israel weiterhin die wirksame Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Palästinenser, indem es sich nicht nur weigert, genügend Hilfsgüter einzulassen, sondern auch durch ständige Bombardierungen und Behinderungen die Möglichkeit der Verteilung der Hilfsgüter verhindert.

Vor nur drei Tagen, am 8. Januar, wurde eine geplante Mission von UN-Organisationen zur Lieferung von dringenden medizinischen Hilfsgütern und lebenswichtigem Treibstoff an ein Krankenhaus und ein medizinisches Versorgungszentrum von den israelischen Behörden verweigert. Dies war bereits die fünfte Verweigerung eines Einsatzes in diesem Zentrum seit dem 26. Dezember, so dass fünf Krankenhäuser im nördlichen Gazastreifen keinen Zugang zu lebensrettenden medizinischen Gütern und Geräten haben. Hilfsgütertransporte, die hineingelassen werden, werden von den Hungernden geplündert. Was zur Verfügung gestellt wird, ist einfach nicht genug.

[vorgespielter [Videoclip](#)]



Frau Präsidentin, verehrte Mitglieder des Gerichts, dies ist das Bild eines Hilfstransporters, der in Gaza ankommt.

Drittens. Israel hat absichtlich Bedingungen geschaffen, unter denen den Palästinensern im Gazastreifen **angemessene Unterkünfte, Kleidung und sanitäre Einrichtungen vorenthalten** werden. Seit Wochen herrscht ein akuter Mangel an Kleidung, Bettzeug, Decken und lebenswichtigen Gütern. Sauberes Wasser gibt es so gut wie gar nicht mehr, so dass die Menge, die zum Trinken, Reinigen und Kochen benötigt wird, bei weitem nicht ausreicht. Dementsprechend hat die WHO festgestellt, dass die Zahl der **Ausbrüche von Infektionskrankheiten** in Gaza sprunghaft ansteigt. Die Fälle von

Durchfallerkrankungen bei Kindern unter 5 Jahren sind seit Beginn der Feindseligkeiten um 2.000 % gestiegen. Wenn **Unterernährung und Krankheit** kombiniert und unbehandelt bleiben, entsteht ein tödlicher Kreislauf.

Der vierte völkermörderische Akt nach Artikel 2 b ist Israels **militärischer Angriff auf das Gesundheitssystem** des Gazastreifens, der das Leben unerträglich macht. Schon am 7. Dezember stellte der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Gesundheit fest, dass die medizinische Infrastruktur im Gazastreifen völlig zerstört ist. Den von Israel in Gaza Verwundeten wird die lebensrettende medizinische Versorgung vorenthalten. Das Gesundheitssystem des Gazastreifens, das durch die jahrelange Blockade und frühere israelische Angriffe bereits verkrüppelt ist, ist nicht in der Lage, das schiere Ausmaß der Verletzungen zu bewältigen.

Schließlich hat die UN-Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen und Mädchen auf Handlungen Israels hingewiesen, die unter die vierte Kategorie der völkermörderischen Handlungen in Artikel 2 d der Konvention fallen. Am 22. November warnte sie ausdrücklich wie folgt: "Die Gewalt gegenüber der Reproduktion, die Israel palästinensischen Frauen, Neugeborenen, Säuglingen und Kindern zufügt, kann als völkermörderische Handlungen gemäß Artikel 2 der Völkermordkonvention eingestuft werden, einschließlich der Verhängung von **Maßnahmen, die Geburten innerhalb einer Gruppe verhindern sollen.**"

Israel blockiert die Lieferung von lebensrettenden Hilfsgütern, einschließlich wichtiger medizinischer Ausrüstungen für die Entbindung von Babys, da schätzungsweise 180 Frauen jeden Tag im Gazastreifen entbinden. Die WHO warnt, dass von diesen 180 Frauen 15 % wahrscheinlich Komplikationen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt erleiden werden und zusätzliche medizinische Versorgung benötigen. Diese Versorgung ist einfach nicht verfügbar.

In einigen Fällen, Frau Präsidentin, bilden all diese Handlungen einzeln und zusammen ein **kalkuliertes Verhaltensmuster Israels**, das auf eine völkermörderische Absicht hindeutet. Diese Absicht wird durch das Verhalten Israels deutlich, das speziell auf die im Gazastreifen lebenden Palästinenser abzielt, indem es Waffen einsetzt, die eine groß angelegte mörderische Zerstörung verursachen, sowie gezielte Heckenschützen auf Zivilisten, indem es sichere Zonen für Palästinenser ausweist, in denen diese Zuflucht suchen, und diese dann bombardiert, indem es die Palästinenser im Gazastreifen ihrer Grundbedürfnisse beraubt: Lebensmittel, Wasser, medizinische Versorgung, Treibstoff, sanitäre Einrichtungen und Kommunikationsmittel, indem es die soziale Infrastruktur, Häuser, Schulen, Moscheen, Kirchen und Krankenhäuser zerstört und eine große Zahl von Kindern tötet, schwer verletzt und zu Waisen macht.

Völkermorde werden nie im Voraus erklärt. Diesem Gericht liegen jedoch in den letzten 13 Wochen Beweise vor, die unwiderlegbar ein **Verhaltensmuster und eine damit verbundene Absicht** belegen, die eine plausible Behauptung von Völkermordhandlungen rechtfertigen.

Im Fall Gambia-Myanmar zögerte das Gericht nicht, vorläufige Maßnahmen zu verhängen, weil Myanmar Völkermord an den Rohingya im Rakhine-Staat begangen haben soll. Die Fakten, die dem Gericht heute vorliegen, sind leider noch krasser, und wie in der Rechtssache Gambia-Myanmar ist ein Eingreifen des Gerichts angebracht und erforderlich. Jeden Tag nimmt der unwiederbringliche Verlust an Leben, Eigentum, Würde und Menschlichkeit für das palästinensische Volk zu.

Unsere Nachrichten zeigen anschauliche Bilder des Leidens, das nicht mehr zu ertragen ist. Nichts wird das Leiden beenden, außer einer Anordnung dieses Gerichts. Ohne einen Hinweis auf vorläufige Maßnahmen werden die Gräueltaten weitergehen, und die israelischen Verteidigungskräfte haben angedeutet, dass sie diesen Kurs mindestens ein Jahr lang fortzusetzen gedenken. Ich zitiere die Worte des UN-Untergeneralsekretärs vom 5. Januar 2024:

"Sie glauben, dass es einfach ist, Hilfsgüter nach Gaza zu bringen? Falsch gedacht! Drei Ebenen von Inspektionen, bevor die Lastwagen überhaupt hineinfahren können. Verwirrung und lange Wartezeiten. Eine wachsende Liste abgelehnter Güter. Ein Grenzübergang, der für Fußgänger und nicht für Lastwagen gedacht ist. Ein weiterer Übergang, an dem die Lastwagen von verzweifelten, hungrigen Gemeinschaften blockiert wurden. Ein zerstörter Handelssektor. Ständige Bombardierungen. Schlechte Kommunikation. Zerstörte Straßen. Beschossene Konvois. Verzögerungen an Kontrollpunkten. Eine traumatisierte und erschöpfte Bevölkerung, zusammengepfercht auf einem immer kleiner werdenden Stückchen Land. Notunterkünfte, deren Kapazität längst überschritten ist. Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, die selbst vertrieben und getötet wurden. Dies ist eine unmögliche Situation für die Menschen in Gaza und für diejenigen, die versuchen, ihnen zu helfen. Die Kämpfe müssen aufhören."

Frau Präsidentin, verehrte Mitglieder des Gerichts, damit schließe ich meinen Abschnitt über das völkermörderische Verhalten Israels. Ich danke Ihnen für Ihre geduldige Aufmerksamkeit und bitte Sie, Rechtsanwalt Ngcukaitobi ans Rednerpult zu rufen, damit er zum Thema Absicht zu Völkermord spricht.

Israels völkermörderische Absichten

[Tembeka Ngcukaitobi:](#)

Frau Präsidentin und verehrte Mitglieder des Gerichts. Es ist ein Privileg, im Namen Südafrikas vor dem Gericht zu erscheinen.

Ich werde auf die völkermörderischen Absichten Israels eingehen.

In diesem Verfahrensabschnitt ist das Gericht nicht verpflichtet, festzustellen, dass die einzige Schlussfolgerung, die aus den verfügbaren Beweisen gezogen werden kann, Völkermord ist, um vorläufige Maßnahmen anzuordnen, da dies eine Entscheidung im Hauptverfahren wäre. Die Beurteilung des Vorliegens einer Zerstörungsabsicht könnte vom Gericht vielmehr erst im Stadium der Prüfung der Begründetheit vorgenommen werden. Dass einige der vorgeworfenen Taten auch auf andere Gräueltaten als Völkermord hinauslaufen können, schließt die Feststellung plausibler Völkermordtaten nicht aus.

Frau Präsidentin, Südafrika ist nicht das einzige Land, das auf die völkermörderische Rhetorik Israels gegen die Palästinenser in Gaza aufmerksam macht. 15 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen und 21 Mitglieder der Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen haben davor gewarnt, dass das, was im Gazastreifen geschieht, ein sich anbahnender Völkermord ist, und dann von der Absicht, das palästinensische Volk und die Besatzung zu vernichten.

Israel hat die Absicht, einen Völkermord an den Palästinensern in Gaza zu begehen. Das geht aus der Art und Weise hervor, wie Israels militärische Angriffe durchgeführt werden, die von Frau Adila Hassam beschrieben worden sind. Er ist **systematisch** in seinem Charakter und seiner Form. Die Massenvertreibung der Bevölkerung von Gaza in Gebiete, in denen sie weiterhin getötet werden, und die bewusste Schaffung von Bedingungen, "die zu einem langsamen Tod führen". Es gibt auch ein **klares Verhaltensmuster**: Die Zerstörung von Wohnhäusern und ziviler Infrastruktur in weiten Teilen des Gazastreifens sowie die Bombardierungen und der gezielte Beschuss auf Männer, Frauen und Kinder, wo immer sie sich gerade aufhalten. Die Zerstörung der Gesundheitsinfrastruktur und der fehlende Zugang zu humanitärer Hilfe, so dass heute 1 % der palästinensischen Bevölkerung in Gaza seit dem 7. Oktober systematisch dezimiert wurde.

Diese beiden Elemente allein sind geeignet, Israels völkermörderische Absicht in Bezug auf die gesamte oder einen Teil der palästinensischen Bevölkerung in Gaza zu belegen. Drittens jedoch gibt es in diesem Fall ein außergewöhnliches Merkmal: **Israels politische Führer, militärische Befehlshaber und Personen, die offizielle Positionen innehaben, haben systematisch und ausdrücklich ihre völkermörderische Absicht erklärt, und diese Erklärungen werden dann von den Soldaten vor Ort in Gaza aufgegriffen, während sie sich an der Zerstörung der Palästinenser und der physischen Infrastruktur von Gaza beteiligen.** Wir zeigen dieses dritte Element als nächstes.

Israels besondere völkermörderische Absicht beruht auf der **Überzeugung, dass der Feind nicht nur der militärische Flügel der Hamas oder die Hamas im Allgemeinen ist, sondern in der Struktur des**

palästinensischen Lebens in Gaza verankert ist. Am 7. Oktober erklärte der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu in einer Fernsehansprache dem Gazastreifen den Krieg, ich zitiere: "Israel hat damit begonnen, die von Terroristen infiltrierten Gemeinden zu räumen", und er warnte vor einem noch nie dagewesenen Preis, den der Feind zu zahlen habe.

Im Gazastreifen leben mehr als 2,3 Millionen Palästinenser. **Israel ist die Besatzungsmacht**, die den Gazastreifen kontrolliert. Es kontrolliert die Einreise, die Ausreise und die internen Bewegungen innerhalb des Gazastreifens, und Ministerpräsident Netanjahu übt den Oberbefehl über die israelischen Verteidigungskräfte und damit über die Palästinenser in Gaza aus. In seiner Ansprache an die israelischen Streitkräfte am 28. Oktober 2023 zur Vorbereitung des Einmarsches in den Gazastreifen forderte Ministerpräsident Netanjahu die Soldaten auf, sich daran zu erinnern, "was Amalek euch angetan hat". Dies bezieht sich auf den biblischen Befehl Gottes an Saul, als Vergeltung eine ganze Volksgruppe, die Amalekiter, zu vernichten: "Tötet Männer und Frauen, Kinder und Säuglinge, Rinder und Schafe, Kamele und Esel." Die völkermörderische Aufforderung gegenüber Amalek war alles andere als nur Gerede. Sie wurde von Herrn Netanjahu in einem Brief an die israelischen Streitkräfte am 3. November 2023 wiederholt.

Frau Präsidentin, lassen Sie die Worte des Premierministers für sich selbst sprechen:

[vorgespielter Videoclip]

Benjamin Netanyahu (nach einer Simultanübersetzung):

Hat er (Amalek) euch angetan, sagt unsere Heilige Bibel, und wir erinnern uns und kämpfen. Unsere tapferen Truppen und Kämpfer, die jetzt in Gaza oder in der Umgebung von Gaza sind und...

[Ende des vorgespielten Videoclips. Hier ist der link zum original Video:
<https://www.youtube.com/watch?v=P5LmB6uup3o>]

Tembeka Ngcukaitobi:

Der stellvertretende Sprecher der Knesset, des israelischen Parlaments, hat die Auslöschung des Gazastreifens vom Angesicht der Erde gefordert. Die Verteidigungsstreitkräfte stimmen dem zu. Am 9. Oktober gab Verteidigungsminister Yoav Gallant der Armee einen Lagebericht, in dem er sagte, dass Israel eine vollständige Belagerung des Gazastreifens verhängt hat und es keinen Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser und keinen Treibstoff gebe. Alles sei geschlossen, weil Israel gegen menschliche Tiere kämpfe. In einer Ansprache an die Truppen an der Grenze zum Gazastreifen wies er

sie darauf hin, dass er alle Beschränkungen aufgehoben hat und dass der Gazastreifen nicht mehr zu dem zurückkehren wird, was er vorher war: "Wir werden alles eliminieren. Wir werden alle Orte erreichen." Alles beseitigen, alle Orte ohne jegliche Beschränkungen erreichen!

Das Thema der **Vernichtung menschlicher Tiere** wurde am 9. Oktober 2023 von einem Koordinator der israelischen Armee für die Regierungsaktivitäten in den Gebieten wiederholt, der in einer Ansprache an die Hamas und die Bewohner des Gazastreifens erklärte, dass die Hamas zu ISIS geworden sei und dass die Bürger des Gazastreifens feiern, anstatt entsetzt zu sein. Er schloss damit, dass menschliche Tiere entsprechend behandelt werden.

Israel hat eine totale Blockade über Gaza verhängt: kein Strom, kein Wasser, nur Schäden. "Ihr wolltet die Hölle, ihr werdet die Hölle bekommen!" Die Sprache der systematischen Entmenslichung ist hier offensichtlich: Menschliche Tiere. Die Hamas und auch die Zivilisten werden gleichermassen verurteilt.

Auch innerhalb des israelischen Kabinetts ist dies eine weit verbreitete Ansicht. Der Minister für Energie und Infrastruktur, die Israel Gaza vorenthält, forderte die Verweigerung von Wasser und Treibstoff, denn das ist es, was mit einem **Volk von Kindermördern und Schlächtern** geschehen wird. Dies lässt keine Zweideutigkeit zu. Es bedeutet, die Bedingungen für den Tod des palästinensischen Volkes in Gaza zu schaffen, um einen langsamen Tod durch Verhungern und Dehydrierung oder einen schnellen Tod durch einen Bombenangriff oder Scharfschützen zu sterben, auf jeden Fall jedoch zu sterben. Der Minister für das Kulturerbe, Amihai Eliyahu, sagte sogar, dass Israel Wege für die Menschen im Gazastreifen finden muss, die schmerzhafter sind als der Tod.

Es ist keine Antwort, wenn man sagt, dass beide nicht die Armee befehligen. Sie sind Minister in der israelischen Regierung. Sie stimmen in der Knesset ab und sind in der Lage, die staatliche Politik zu gestalten.

Die Absicht, den Gazastreifen zu zerstören, wurde auf höchster staatlicher Ebene genährt, da sich Präsident Jitzchak Herzog in die Reihen derjenigen eingereiht hat, die die für den Gazastreifen bestimmten Bomben unterzeichnet haben. Dabei wies er darauf hin, dass die gesamte Bevölkerung in Gaza verantwortlich sei und dass die Rhetorik über "Zivilisten, die nichts davon wissen und nicht involviert sind" absolut nicht stimmt. "Wir werden kämpfen, bis wir ihnen das Rückgrat brechen." Spätere Versuche des Präsidenten und anderer, diese Rede zu neutralisieren, haben nichts an der Schärfe seiner Worte geändert, die darin bestand, alle Palästinenser für die Aktionen der Hamas verantwortlich zu machen.

Wie ich weiter unten zeigen werde, hat sie auch einen Einfluss darauf, wie die staatliche Politik innerhalb der Regierung verstanden wird. Der Minister für nationale Sicherheit wiederholte die Aussagen des Präsidenten, dass Hamas und Zivilisten gleichermaßen verantwortlich seien. Am 10. November 2023 erklärte er in einem Fernsehinterview, dass, wenn wir sagen, dass die Hamas vernichtet werden muss, dies auch diejenigen einschliesst, die feiern, diejenigen, die sie unterstützen und diejenigen, die Süßigkeiten verteilen. Sie alle sind Terroristen, und auch sie müssen vernichtet werden. Dies sind Befehle, zu zerstören und zu verstümmeln, was nicht zerstört werden kann.

Diese Aussagen lassen sich nicht neutral interpretieren oder im Nachhinein von Israel rationalisieren und umdeuten. Die Erklärungen wurden von Personen abgegeben, die das Kommando über den Staat hatten. Sie gaben die Politik des Staates wieder.

Es ist ganz einfach: Wenn die Erklärungen nicht beabsichtigt gewesen wären, wären sie nicht abgegeben worden.

Die völkermörderische Absicht hinter diesen Erklärungen ist für die israelischen Soldaten vor Ort nicht zu übersehen. Sie lenkt vielmehr ihre Handlungen und Ziele. Am 7. Dezember 2023 bewiesen israelische Soldaten, dass sie die Botschaft des Premierministers, sich daran zu erinnern, "was Amalek euch angetan hat", als Völkermord verstanden. Sie wurden von Journalisten tanzend und singend aufgenommen: "Wir kennen unser Motto: Es gibt keine Unbeteiligten", dass sie einem Gebot gehorchen, die Saat der Amalekiter auszurotten. Die Beschwörung von Amalek durch den Premierminister wird von Soldaten benutzt, um die Tötung von Zivilisten, einschließlich Kindern, zu rechtfertigen. Hier sind die Soldaten, die die aufstachelnden Worte ihres Premierministers wiederholen:

[vorgespielter [Videoclip](#): Israelische Soldaten singen gemeinsam]

Text laut Untertiteln: Ich komme, um Gaza zu besetzen und die Hisbollah zu schlagen. Ich halte mich an eine Mitzwa: die Saat von Amalek auszulöschen. Ich habe meine Heimat hinter mir gelassen und werde bis zum Sieg nicht zurückkehren. Wir kennen unseren Slogan: Es gibt keine "unbeteiligten Zivilisten".

[Ende des vorgespielten Videoclips]

Tembeka Ngcukaitobi:

Im November wurden israelische Soldaten in Gaza gefilmt, wie sie tanzend skandierten und sangen: "Möge ihr Dorf brennen, möge Gaza ausgelöscht werden." Es gibt jetzt einen Trend unter den Soldaten, sich selbst dabei zu filmen, wie sie Gräueltaten gegen Zivilisten in Gaza begehen. In einer Art Snuff-Video

nahm sich einer selbst auf, wie er über 50 Häuser in Shuja'iyya in die Luft gesprengt hatte. Andere Soldaten wurden beim Singen aufgenommen: "Wir werden ganz Khan Yunes und dieses Haus zerstören. Wir werden es für euch in die Luft jagen und für alles, was ihr uns antut." Das sind die Soldaten, die ihren Befehl in die Tat umsetzen:

[vorgespielter [Videoclip](#)]

Text laut Untertiteln: Israelisches Militär sprengt mehr als 50 Gebäude in Shujaiya. "Shujaiya-Viertel zerstört. Nahal Oz. Mit Gottes Hilfe werdet ihr das haben." – Das ist die 828. Brigade, Frieden für Shujaiya. – Erstaunlich, 30 Häuser, 747. Bataillon. – Hier beginnt der Sieg. – Lang lebe Israel.

[Ende des vorgespielten Videoclips]

Tembeka Ngcukaitobi:

Auch die Befehlshaber der Armee sind der gleichen Meinung. Der Befehlshaber der israelischen Armee, Yair Ben-David, [erklärte](#), die Armee sei in Beit Hanoun eingedrungen und habe dort das getan, was Schimon und Levi in Nablus getan hätten, und dass der gesamte Gazastreifen Beit Hanoun ähneln solle.

Der israelische Soldat Yishai Shalev veröffentlichte ein [Video](#) vor dem Hintergrund der Ruinen der ehemaligen Al-Azhar-Universität in Gaza mit der Bildunterschrift "Es war einmal eine Universität in Gaza und in Wirklichkeit eine Schule für Mörder und menschliche Tiere". Die Soldaten sind offensichtlich der Meinung, dass diese Sprache und ihre Handlungen akzeptabel sind, weil die Zerstörung palästinensischen Lebens im Gazastreifen ausdrückliche Staatspolitik ist. Hochrangige politische und militärische Offizielle ermutigten den 95-jährigen Reservisten der israelischen Armee, Ezra Yakin, einen Veteranen des Massakers von Deir Yassin an den Palästinensern im Jahr 1948, vor der Bodeninvasion in Gaza [zu den Soldaten zu sprechen](#), ohne sie zu tadeln. Auf seiner Tour wiederholte er dieselbe Meinung, während er in einem offiziellen Fahrzeug der israelischen Armee, gekleidet in israelischer Armeemontur, herumgefahren wurde. Ich zitiere:

"Triumphiert und macht sie fertig und lasst niemanden zurück. Löscht die Erinnerung an sie aus. Löscht sie aus, ihre Familien, Mütter und Kinder. Diese Tiere dürfen nicht länger leben. Wenn du einen arabischen Nachbarn hast, warte nicht. Geht zu ihm nach Hause und erschieß ihn. Wir wollen nicht einmarschieren wie früher. Wir wollen eindringen und zerstören, was vor uns ist, und Häuser zerstören, dann das nächste zerstören. Mit all unseren Kräften, vollständige Zerstörung. Eindringen und zerstören. Wie ihr seht, werden wir Dinge erleben, die wir uns nie erträumt haben. Lasst sie Bomben auf sie werfen und sie auslöschen."

Erst am 7. Januar 2024 wurde ein Video eines Soldaten ins Internet gestellt, in dem er sich rühmt, die Armee habe das gesamte Dorf (?Hibet Asar?) zerstört. Zwei Wochen lang hätten sie hart daran gearbeitet, das Dorf zu bombardieren und ihren Auftrag zu erfüllen. Die Behauptung, dass hochrangige Politiker nicht gemeint hätten, was sie gesagt haben, geschweige denn, dass die Soldaten in Gaza es nicht verstanden hätten, ist völlig unbegründet. Das Ausmaß der Zerstörung in Gaza, die massenhafte Bombardierung von Familienhäusern und Zivilisten, der Krieg als Krieg gegen Kinder – all das macht deutlich, dass die völkermörderische Absicht sowohl verstanden als auch in die Tat umgesetzt wird.

Die artikulierte Absicht ist die Zerstörung des palästinensischen Lebens in all seinen Erscheinungsformen. Die völkermörderische Rhetorik ist auch in der israelischen Knesset weit verbreitet. Mitglieder der Knesset haben wiederholt dazu aufgerufen, den Gazastreifen auszulöschen, platt zu machen, auszuradieren und alle seine Bewohner zu vernichten. Sie beklagten, dass jemand Mitleid mit den unbeteiligten Bewohnern des Gazastreifens hat, und haben wiederholt behauptet, dass es "keine Unbeteiligten" gibt, dass es "keine Unschuldigen" in Gaza gibt, dass die Mörder der Frauen und Kinder nicht von den Bürgern des Gazastreifens getrennt werden sollten und dass die Kinder des Gazastreifens dies sich selbst zuzuschreiben haben und dass es für alle dort nur eine Strafe geben sollte: den Tod!

Schließlich haben die Parlamentarier dazu aufgerufen, gnadenlos aus der Luft zu bombardieren, wobei einige für den Einsatz von nuklearen Weltuntergangswaffen und eine Nakba plädieren, die die Nakba von 1948 in den Schatten stellen wird.

Die völkermörderische Rede des Premierministers hat in einigen Teilen der Zivilgesellschaft Anklang gefunden. Ein berühmter Sänger hat Netanjahus Amalek-Referenz wiederholt und erklärt, dass Gaza ausgelöscht und zusammen mit jedem Amalek-Samen vernichtet werden muss. "Wir müssen einfach den gesamten Gazastreifen zerstören und jeden ausrotten, der sich dort aufhält." Ein anderer rief dazu auf, Gaza auszuradieren und keinen einzigen Menschen dort zu lassen. Journalisten und Kommentatoren haben verkündet, dass die Frau ein Feind ist, dass das Baby ein Feind ist, dass die schwangere Frau ein Feind ist, dass es notwendig ist, den Gaza-Streifen in ein Schlachthaus zu verwandeln, jedes Haus zu zerstören, auf das unsere Soldaten stoßen. Alle ausrotten.

Das vorsätzliche Versäumnis der israelischen Regierung, eine solche Aufstachelung zum Völkermord zu verurteilen, stellt an sich schon einen schweren Verstoß gegen die Völkermordkonvention dar. Wir sollten uns daran erinnern, Frau Präsidentin, dass Israel in Artikel 1 der Konvention bestätigt hat, dass Völkermord, ob in Friedens- oder Kriegszeiten begangen, ein Verbrechen nach internationalem Recht ist, und dass es sich **verpflichtet** hat, ihn als solchen **zu verhindern und zu**

bestrafen. Das Versäumnis der Regierung, solche Äußerungen zu verhindern, zu verurteilen und zu bestrafen, hat dazu geführt, dass völkermörderische Rhetorik und die extreme Gefahr für Palästinenser in der israelischen Gesellschaft normalisiert wurden. Wie der Knessetabgeordnete Moshe Saada von der Likud-Partei [gesagt](#) hat: Die eigenen Anwälte der Regierung teilen seine Ansicht, dass die Palästinenser in Gaza vernichtet werden müssen. Ich zitiere: "Wenn du irgendwo hingehst, sagen sie dir, du sollst sie vernichten. In den Kibbuz sagen sie dir, du sollst sie vernichten. Meine Freunde in der Staatsanwaltschaft, die mit mir über politische Fragen debattiert haben, sagten zu mir: 'Es ist klar, dass wir alle Gazaner vernichten müssen'." Zerstöre alle Gazaner.

Israel ist sich der Zerstörung von palästinensischem Leben und palästinensischer Infrastruktur bewusst. Trotz dieses Wissens hat es seine militärischen Aktivitäten im Gazastreifen aufrechterhalten und sogar noch intensiviert.

Die Kenntnis war offensichtlich: Nach dem 7. Oktober warnten Nichtregierungsorganisationen und die Vereinten Nationen vor einer noch nie dagewesenen humanitären Krise in Gaza. Die Vereinten Nationen erklärten, dass die Akteure es humanitären Teams und Gütern ermöglichen müssen, die Hunderttausende von Menschen in Not sofort und sicher zu erreichen. Israel wusste also von Anfang an, dass es Wasser, Lebensmittel, Strom und überlebenswichtige Güter vorenthalten würde. Das hat es auch gesagt. "Alles ist geschlossen." Es hat gewusst, dass es den Palästinensern inmitten eines beispiellosen Bombardements Lebensmittel, Wasser und andere überlebenswichtige Dinge vorenthält.

Dies veranlasste die Weltgesundheitsorganisation zu einer Stellungnahme: "Wir sind auf den Knien und bitten um anhaltende, aufgestockte und geschützte humanitäre Maßnahmen und appellieren an alle, die in der Lage sind, eine Entscheidung zu treffen oder die Entscheidungsträger zu beeinflussen, uns den humanitären Raum zu geben, um diese menschliche Katastrophe zu bewältigen."

Trotz dieser Kenntnis greift Israel weiterhin überlebenswichtige Infrastrukturen an: Wasser- und Abwasseranlagen, Solarzellen, Bäckereien, Mahlzeiten, Ernten. Es bombardiert Krankenhäuser und dezimiert das Gesundheitssystem. Es greift Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und die Infrastruktur der Vereinten Nationen an. Die Politik Israels hat dazu geführt, dass Gaza zu einem Ort des Todes und der Verzweiflung geworden ist.

Abschließend möchte ich sagen, Frau Präsidentin, dass viele Propagandisten von schweren Gräueltaten protestiert haben, dass sie missverstanden worden seien, dass sie nicht gemeint hätten, was sie gesagt haben, und dass ihre eigenen Worte aus dem Zusammenhang gerissen worden seien. Welcher Staat würde eine völkermörderische Absicht zugeben. Das Besondere an diesem Fall ist jedoch nicht das

Schweigen als solches, sondern die Wiederholung der völkermörderischen Sprache in allen Bereichen des israelischen Staates.

Wir erinnern das Gericht an die **Identität und Autorität der Anstifter zum Völkermord: der Premierminister, der Präsident, der Verteidigungsminister, der Minister für nationale Sicherheit, der Minister für Energie und Infrastruktur, die Mitglieder der Knesset, hohe Armeebeamte und Fußsoldaten**. Völkermörderische Äußerungen finden also nicht nur am Rande statt. Sie sind fester Bestandteil der staatlichen Politik. Die Vernichtungsabsicht wird von den Soldaten vor Ort klar erkannt. Sie wird auch von einigen in der israelischen Gesellschaft voll und ganz verstanden, da die Regierung dafür kritisiert wird, dass sie den Gazastreifen überhaupt noch zulässt, statt ihr Versprechen, die Palästinenser auszuhungern, einzulösen. Jegliche Andeutung, dass israelische Beamte nicht gemeint haben, was sie gesagt haben, oder von Soldaten und Zivilisten nicht vollständig verstanden worden sei, was sie gesagt haben, sollte von diesem Gericht zurückgewiesen werden. **Die Beweise für die völkermörderische Absicht sind nicht nur erschreckend. Sie sind auch überwältigend und unumstößlich.**

Die weiteren Stellungnahmen:

Prof. John Dugart argumentierte, dass es im Verfahrensstand des Erlasses vorläufiger Maßnahmen ausreicht, die Existenz eines prima facie Streits über Israels Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention nachzuweisen. Er begründete die Zuständigkeit des IGH nach Art. 36 des IGH-Statuts und nach Art. IX der Völkermordkonvention.

Er argumentierte auch, dass das Verbot des Völkermords eine universelle Regel ist, die kein Staat verletzen darf, und dass die Völkermordkonvention die Staaten verpflichtet, Maßnahmen zur Verhinderung von Völkermord zu ergreifen. Prof. Dugart argumentierte, dass die Staaten diese Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord der internationalen Gemeinschaft als Ganzes schulden. Er erläuterte, dass die Völkermordkonvention im Gegensatz zu anderen Verträgen nicht verlangt, dass die Staaten in Verhandlungen eintreten, bevor sie einen Streitfall dem IGH vorlegen. Wenn angenommen werden kann, dass ein Vertragsstaat Völkermord begeht oder seiner Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord nicht nachkommt, kann ein anderer Vertragsstaat die Angelegenheit vor den IGH bringen.

Prof. Max du Plessis vertrat die Auffassung, dass Südafrika in diesem Stadium lediglich nachweisen muss, dass die von Südafrika geltend gemachten Rechte, für die es vorläufige Maßnahmen beantragt, zumindest plausibel sind. Dies bedeutet nicht, dass das Gericht endgültig feststellen muss, dass das Recht, das Südafrika zu schützen sucht, tatsächlich verletzt ist. Vielmehr muss es sich auf eine mögliche

Anwendung der Völkermordkonvention stützen. Die Palästinenser hätten ein Recht auf Existenz. Die israelische Besatzung und Gewalt in Gaza verletze dieses Recht.

Er betonte, dass die Handlungen Israels zum jetzigen Zeitpunkt zumindest plausiblerweise als völkermörderisch bezeichnet werden können, wenn man die klare Intention bedenkt, die in den Aussagen israelischer Soldaten und Offizieller zum Ausdruck kommt. Dies lässt sich auch aus dem gewaltsamen Vorgehen Israels gegen die Palästinenser in Gaza ableiten. Er machte auch geltend, dass es zumindest plausibel ist, dass Israel es versäumt hat, einen Völkermord in Gaza zu verhindern. In Anbetracht des Ernstes der Lage in Gaza unterstrich Prof. du Plessis die Bedeutung der Befugnisse des Gerichts, vorläufige Maßnahmen zu erlassen. Er forderte den Gerichtshof auf, sich seiner Verantwortung gegenüber der internationalen Gemeinschaft bewusst zu sein und seine eigene Zuständigkeit nicht durch die Ablehnung des Antrags Südafrikas einzuschränken.

Frau Blinne Ni Ghralaigh stellte dar, es bestehe die dringende, reale und unmittelbare Gefahr eines nicht wiedergutzumachenden Schadens, wenn der IGH den Antrag Südafrikas auf vorläufige Maßnahmen ablehne. Sie belegte diese Dringlichkeit, indem sie sich auf Erklärungen und Berichte von UN-Organisationen stützte, die den Gazastreifen als eine Krise der Menschlichkeit, eine lebende Hölle, ein Blutbad und eine Situation eines völligen Abgrunds und des unvergleichlichen Schreckens beschreiben. Sie verwies auf die wiederholten Angriffe Israels auf Krankenhäuser und andere medizinische Infrastrukturen im Gazastreifen, die systematische Verweigerung von Nahrungsmitteln und Wasser für die Palästinenser im Gazastreifen und die Tatsache, dass Israel weite Teile der Dörfer, Städte und Flüchtlingslager im Gazastreifen von der Landkarte getilgt hat. Angesichts der Tatsache, dass die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, in denen humanitäre Hilfe gefordert wird, nicht umgesetzt und die Resolutionen der UN-Generalversammlung, in denen ein Waffenstillstand gefordert wird, ignoriert werden, vertrat Frau Blinne Ni Ghralaigh die Ansicht, dass vorläufige Maßnahmen nicht dringender sein könnten.

Sie wies nach, dass das Ausmaß der Zerstörung und Gewalt in Gaza beispiellos ist. Die Verweigerung von vorläufigen Maßnahmen wäre eine Abweichung von der Rechtsprechung des IGH. Frau Blinne Ni Ghralaigh schloss ihre Ausführungen, indem sie **den IGH mit Nachdruck daran erinnerte, dass in diesem Fall das Ansehen des Völkerrechts und seine Fähigkeit, alle Völker zu binden und zu schützen, auf dem Spiel steht.**

Prof. Vaughan Lowe vertrat die Ansicht, dass jede künftige Massnahme Israels in diesem Stadium das Risiko eines nicht wiedergutzumachenden Schadens nicht mindern würde. Ohne eine unmissverständliche Anweisung an Israel, seine militärischen Aktivitäten einzustellen, würde die

Zerstörung des Gazastreifens kein Ende finden. Prof. Lowe nahm auch Israels Behauptung vorweg, es handele in **Selbstverteidigung gemäß Art. 51 der UN-Charta**. Er argumentierte, dass Israel im Gazastreifen eine Besatzungsmacht ist und die tatsächliche Kontrolle über die Region ausübt. **Eine Besatzungsmacht könne sich nicht auf Selbstverteidigung berufen**. Er argumentierte, dass ein Völkermord in jedem Fall, egal wie ungeheuerlich eine Provokation oder wie entsetzlich ein Angriff gegen Israel sei, niemals eine zulässige Reaktion nach internationalem Recht sein könne. Jede Gewaltanwendung, sei es zur Selbstverteidigung, zur Ausübung polizeilicher Befugnisse oder zur Durchsetzung einer Besatzung, muss sich innerhalb der vom Völkerrecht gesetzten Grenzen bewegen. Das Verbot, Völkermord zu begehen, lässt keine Ausnahmen zu. Prof. Lowe vertrat die Ansicht, dass der IGH bei einer Anhörung zu vorläufigen Maßnahmen auf keinen Fall eine Ausnahme machen und einem Staat erlauben darf, seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention zu verletzen.